



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

**Beschluss zum Bundesausschuss
in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein
03. - 04. Oktober 2009**

Beschluss: Wir wollen das ganze Leben!

1 Wir wollen das ganze Leben!

2

3 Anders als vielfach in Politik und Medien behauptet, erleben wir momentan nicht die erste wirkliche
4 globale Krise des Kapitalismus. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein weiterer Beleg
5 für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und Folge des Denkfehlers, zu erwarten, dass durch die
6 Profite oben Wachstum und damit Ressourcen für die Verteilung nach unten entstehen. Trotz rasanter
7 wirtschaftlicher Entwicklungen, Produktionsfortschritten und steigenden Bruttoinlandsprodukten hat
8 sich die Schere zwischen Arm und Reich, auch zwischen sog. erster und dritter Welt, vergrößert. Das
9 Anwachsen des Reichtums einiger weniger ging vor allem auf Kosten der Mehrheit der Menschen.

10 Unsichere Arbeitsverhältnisse, offensives Lohndumping, Zunahme der Kinderarmut und die

11 Nichtachtung der ökologischen Nachhaltigkeit sind konkrete Auswirkungen der Krise weltweit.

12 Weltweit werden Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben unter den Stichworten
13 unsichere Lebensverhältnisse, Flexibilisierung der Lebensgestaltung und einer massiven
14 Individualisierung der Menschen beschrieben.

15
16 In Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten alles der Erhöhung der Profite untergeordnet.
17 Es folgte eine entsprechende Deregulierungspolitik mit Privatisierung vieler öffentlicher Güter und
18 Dienstleistungen. Die Lebensqualität der Menschen hat dadurch weder materiell noch immateriell
19 zugenommen, auch wenn uns das häufig versprochen worden ist.

20 Die Folgen der gegenwärtigen Krise lassen sich im Moment noch nicht in Gänze absehen. Zuerst hat
21 es im vollen Umfang die ungeschützten Arbeitsverhältnisse wie z.B. Leiharbeiter getroffen, die
22 mittlerweile auch in vielen großen Unternehmen zu finden sind. Dazu gehört aber auch der
23 unmittelbare Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, besonders beim Übergang ins Berufsleben. Bereiche
24 der Dienstleistungserbringung und Logistik reagieren unmittelbar auf den Rückgang der Aufträge.
25 Auch der langfristige Erfolg oder Nicht-Erfolg der umfangreichen Förderung der Kurzarbeit lässt sich
26 noch nicht absehen. Denn für die produzierten Güter braucht es auch AbnehmerInnen, diese arbeiten
27 aber kürzer, verdienen weniger Geld oder sind erwerbslos.

28
29

30 **Die Sozialdemokratie in der Krise**

31
32 Dies alles ist keine zufällige oder „gottgewollte“ Entwicklung und ist auch nicht primär auf das
33 Versagen oder die ungezügelte Gier von einzelnen ManagerInnen zurück zu führen. Krisen gehören
34 zum Kapitalismus wie der Apfel zum Apfelstrudel und kein/e UnternehmerIn verzichtet freiwillig auf
35 ihre/seine Gewinne. Die starken Auswirkungen der Krise sind Folgen einer falschen Politik. Die rot-
36 grüne Politik, die 1998 mit dem Versprechen der Erneuerung und der Absicht, es besser machen zu
37 wollen, gestartet ist, hat die Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen von unten nach oben
38 gefördert. Eine verfehlte Unternehmenssteuerreform und die Reduzierung des Spitzensteuersatzes
39 sind bei schwindenden Staatseinnahmen weiter unverständlich. Die sozialpolitische Hinwendung zum
40 Prinzip Fordern und weniger zum Fördern, beschreibt eine Haltung, die das Klima einer
41 entsolidarisierten Gesellschaft massiv vorantreibt. Das ausgeklügelte Disziplinierungssystem,
42 insbesondere gegenüber jungen arbeitslosen Menschen, steht exemplarisch für die harte
43 sozialpolitische Gangart, in der gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit als alleinige
44 Verantwortung des Einzelnen dargestellt werden. Nicht erst seit den einschneidenden Veränderungen
45 durch die sogenannten Hartz-Gesetze sind in den letzten Jahrzehnten die Parameter der öffentlichen
46 Verantwortung und einer gerechten Gesellschaft verschoben worden. Häufig werden die Wurzeln der
47 Probleme nur oberflächlich benannt und weiterhin wird schnell der Fokus auf „alternativlose“
48 Maßnahmen gelenkt, die helfen sollen, das System zu reparieren. Denn zu den Folgen der Krise
49 gehört nun ein Staat, der einzelne Banken und Betriebe mit viel Geld und Bürgschaften rettet und
50 sich dafür in einem hohen Maße auf lange Zeit verschuldet hat. Junge Menschen sind in besonderer
51 Weise von den Folgen der Krise betroffen. Denn hinter der Arbeitslosigkeit steht die Frage, ob das
52 Einkommen der Haushalte reicht, um Kindern und Jugendlichen ein sicheres Aufwachsen in dieser

53 Gesellschaft zu ermöglichen. Für viele junge Menschen stellt sich die Frage, ob sie nach der
54 Ausbildung oder dem Studium noch einen Einstieg in den Beruf finden werden und unter welchen
55 Bedingungen sie arbeiten müssen. Die Folge ist unter anderem die voranschreitende Abnahme der
56 Möglichkeiten zur Mit- und Selbstbestimmung.

57 Gerade vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert mit welcher gesellschaftlichen Akzeptanz die
58 Folgen der Krise verhandelt werden. Entsprechend wird die Frage nach der Legitimität der
59 Umverteilung von gesellschaftlichen Ressourcen nach oben in der Öffentlichkeit kaum ernsthaft
60 gestellt.

61
62 Ein Ergebnis dieser verfehlten Politik ist auch das schlechte Abschneiden der SPD bei den
63 Bundestagswahlen Ende September 2009. Gut 10 Mio. SPD-WählerInnen haben (im Vergleich zu
64 1998) nicht die SPD gewählt. Der Verlust der Glaubwürdigkeit der SPD ist vernichtend. Der Blick auf
65 die Wahlergebnisse zeigt auch, dass Politik, die häufig in pragmatischen Sonntagsreden das Gegenteil
66 von dem predigt, was sie in politischer Verantwortung umsetzt, nicht glaubwürdig ist. Beispiele dafür
67 sind die Entscheidungen zur Bahnprivatisierung, der Nicht-Regulierung der Finanzmärkte oder gar die
68 legale Absetzbarkeit von Spekulationsverlusten.

69 Gerade in den nächsten Jahren ist der Anspruch an einen politischen Gestaltungswillen für mehr
70 soziale Gerechtigkeit für viele Menschen entscheidend. Deshalb unterstützen wir Falken alle Kräfte in
71 der Sozialdemokratie, die die Partei wieder an den Prinzipien des demokratischen Sozialismus
72 orientieren wollen. Dies muss einhergehen, mit einer strategischen Neuausrichtung der Partei.
73 Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass ein relevanter Teil der WählerInnen die Krise mit
74 Konzepten eines „weiter so“ beheben wollte. Protestlos wird über die Erhöhung von Verbrauchsteuern
75 unterschiedlichster Art spekuliert. Die Folgen solcher Konzepte wären brutal. Diese Einwürfe zeigen
76 nur, dass auch in einer Zeit, in der Märkte zusammengebrochen sind, die Deutungshoheit der
77 marktradikalen Ideologie nicht in der Krise steckt. Die Ergebnisse der Bundestagswahl zeigen wie
78 erfolgreich eine Partei ist, die sich offenkundig dieser Radikalität verbunden fühlt und weitere
79 Deregulierung predigt.

80
81

82 **Aber wir wollen das ganze Leben!**

83

84 Über Jahrzehnte hinweg wurde argumentiert, dass es keine Möglichkeit gebe, die soziale Infrastruktur
85 zu erhalten, dass wir alle den „Gürtel enger schnallen“ müssten. Nun haben wir erlebt, dass für die
86 Bankenrettung binnen kurzer Zeit große Mengen an Geld zur Verfügung gestellt werden konnten. Als
87 Ergebnis stehen einmal mehr privatisierte Profite und vergesellschaftete Verluste. Aber sehr bald wird
88 der einhellige Chor aus Regierung und Wirtschaft wieder das Parkett betreten und die hohe
89 Verschuldung des Staates als Begründung für den Umbau der Gesellschaft nutzen. Selbst wenn nicht
90 sofort ein radikaler Kahlschlag beginnt, wird durch das Drehen an kleinen Stellschrauben die
91 Veränderung der Gesellschaft vorangetrieben werden. Der Ausbau von unsicheren
92 Arbeitsverhältnissen, gepaart mit dem weiteren Abbau der ehemals armutsfesten Sicherungssysteme,
93 hat bereits zur Zunahme von unsicheren Lebens- und Arbeitsverhältnissen geführt und wird unter den

94 neuen Vorzeichen weiter voranschreiten. Diese Entwicklung ist bereits an der rasant zunehmenden
95 Kinderarmut zu erkennen. Immer mehr Menschen sind auf Institutionen wie „Tafeln“ zur Verteilung
96 von Essen oder „Secondhandkaufhäusern“ von Wohlfahrtsverbänden angewiesen oder müssen die
97 Stadtviertel, in denen sie wohnen, verlassen, weil sie sich ihre Wohnungen nicht leisten können.
98 Darüber hinaus entsteht eine öffentliche Diskussion um die Gestaltung der Innenstädte und die
99 Zusammensetzung ihrer BewohnerInnen, ein Prozess den wir Gentrifizierung nennen. All dies sind
100 Zeichen, dass die gegenwärtigen Instrumente zur Verwirklichung einer sozialen Gerechtigkeit ins
101 Wanken geraten.

102

103 Reichtum und Chancen sind im Kapitalismus nie gerecht verteilt, weder in der sog. „Boomzeit“ noch
104 in Krisenzeiten. Wir setzen uns deshalb für eine gerechte Gesellschaft ein, in der nicht Einzelne
105 Reichtum anhäufen und die Verluste einzelner Unternehmen auf alle verteilt werden. Vielmehr muss
106 der gesellschaftliche Reichtum allen nützen und zur Verfügung stehen.

107

108

109 **Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken fordert:**

110

111 - Die Folgen der Krise dürfen nicht die Schwachen in der Gesellschaft treffen. Investiert in Bildung
112 und sicheres Aufwachsen von jungen Menschen!

113 - Die Erwartungen an ein unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum müssen gesellschaftlich
114 durchbrochen werden. Das Streben nach Profitmaximierung ist keine fruchtbare und nachhaltige
115 Antriebsfeder von Entwicklung und dient nicht dem Menschen. Deshalb streiten wir für eine
116 bedürfnisorientierte Wirtschaft und ein solidarisches Gesellschaftssystem. Dazu gehört der offensive
117 Ausbau einer ökologischen und sozialen Gesellschaft, in der international gelebte Solidarität den
118 Marktradikalismus bricht.

119 - Gesellschaftliche Ressourcen müssen von oben nach unten umverteilt werden: Politik muss die
120 Menschen wieder in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen stellen, soziale Sicherheit und gute Arbeit
121 für alle ermöglichen. Politik muss soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Perspektiven garantieren
122 und das Recht auf ein gutes, selbstbestimmtes Leben zu ihrem Maßstab machen. Wir fordern als erste
123 konkrete Schritte die Einführung eines ausreichenden gesetzlichen Mindestlohns, einen besseren
124 Kündigungsschutz, mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

125

126 - Wir wollen mehr Mitbestimmung: Egal ob in Schule und Ausbildung, bei der Arbeit und
127 Freizeitgestaltung oder in der Familie. Eine Gesellschaft, die sich demokratisch nennt, muss sich nicht
128 nur daran messen lassen, wie viele Menschen sie an Entscheidungen beteiligt, sondern auch welche
129 Gruppen von Menschen beteiligt sind. Das beginnt für uns bei der nachhaltigen Beteiligung von
130 jungen Menschen an den gesellschaftlichen Entscheidungen, endet aber noch lange nicht dort. Nicht
131 allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ist der Zugang zu Methoden und Orten der
132 Mitbestimmung in gleichem Maße möglich. Demokratisierung heißt Freiräume schaffen für

133 Aushandlungsprozesse, für ein solidarisches Miteinander, für mehr Selbstbestimmung und damit das
134 Teilen von Gestaltungsmacht.

135
136 Dass unsere Forderungen falsch und überzogen seien, werden wir in den nächsten Jahren noch oft
137 genug hören. Doch wir lassen uns nicht kaltstellen. Trotz und gerade wegen der bevorstehenden
138 konservativ-liberalen Koalition müssen wir die Situation analysieren, unsere Forderungen formulieren.
139 Dazu wird auch unsere Kampagne „Die Gruppe macht’s!“ einen wichtigen Beitrag leisten.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

sonstiges: